

position

The logo for DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram shape with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font inside it.

DGB

Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften

zur Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“ um die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement zu verbessern.

Impressum

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 1

30159 Hannover

www.niedersachsen.dgb.de

verantwortlich: Rüdiger Hornbostel

Stand: Februar 2021

Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

- IG Bauen-Agrar-Umwelt
- IG Bergbau, Chemie, Energie
- EVG - Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft der Polizei
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

Der Niedersächsische Landtag hat am 30.06.2020 beschlossen, eine Enquetekommission ‚Ehrenamt‘ einzurichten, um die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement zu verbessern.

Diese Entscheidung begrüßt der DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt.

Um die Arbeit der Enquetekommission zu unterstützen, legen wir im Folgenden unsere Vorschläge dar und hoffen, Impulse für diese Initiative geben zu können.

Vorbemerkung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (im Folgenden DGB) vertritt als Dachorganisation der Gewerkschaften die Interessen tausender ehrenamtlich tätiger Mitglieder. Das Engagement unserer Ehrenamtlichen bildet ein großes Spektrum von Aktivitäten ab, sowohl auf kommunaler Ebene als auch darüber hinaus. Gewerkschaftsmitglieder sind häufig kommunalpolitisch aktiv. Sie sind benannte ehrenamtliche Arbeitsrichter*innen, Sozialrichter*innen, Schöff*innen oder Beisitzer*innen an Verwaltungsgerichten. Auch die ehrenamtliche Mitarbeit als Ausbildungsbeiräte an den berufsbildenden Schulen, in den Gremien der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern, aber auch in Freiwilligenorganisationen oder Sportvereinen wird von Gewerkschafter*innen geleistet. Das Prüfungswesen in der Aus- und Weiterbildung fußt auf ehrenamtlichem Engagement und unsere Mitglieder sind in Prüfungsausschüssen der Kammern aktiv. Die Gewerkschaftsjugend hat viele Ehrenamtliche vor Ort, die Jugendarbeit leisten oder als Jugendvertreter*innen in Gremien wie z.B. dem Landesjugendring aktiv sind.

Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentliches Fundament unseres Gemeinwesens und hat eine lange und erfolgreiche Tradition. Durch das Ehrenamt wird nicht nur der Gemeinsinn gefördert, weit darüber hinausgehend erfüllt Ehrenamt viele gesellschaftspolitische Aufgaben. Es ist ein Grundpfeiler der politischen Beteiligung und der Daseinsvorsorge und hat mit dem zunehmenden Rückzug des Staates zusätzliche Aufgaben übernommen, die sonst nicht mehr zu organisieren wären. Das Ehrenamt stärkt und schützt somit zugleich die Demokratie.

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland in Deutschland, welches jedoch in zweierlei Hinsicht vor besonderen Herausforderungen steht.

Der demografische Wandel wird in den nächsten Jahrzehnten dazu führen, dass besonders in ländlichen Regionen der Nachwuchs fehlt. Das wird nicht nur die Wirtschaft und die Versorgung zunehmend treffen, sondern auch das ehrenamtliche Engagement. Freiwillige Feuerwehren haben bereits jetzt akuten Nachwuchsmangel, Sportvereinen fehlen Kinder und Jugendliche, um das Angebot aufrecht erhalten zu können, und karitative Träger können keine Angebote für Senior*innen mehr machen.

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

Die ‚Landflucht‘ beschleunigt diese Entwicklungen. So werden die Großstädte zu Lasten der dörflichen Regionen weiter wachsen und somit die demografische Entwicklung zunehmend negativ beeinflussen.

Auf diese zunehmenden Probleme muss die Gesellschaft reagieren und Strategien für die Gewinnung von Ehrenamtlichen entwickeln.

Um das Ehrenamt zu stärken gilt es, Nachwuchskräfte aus der mittleren Altersgruppe zu gewinnen. Eine funktionierende Ehrenamtsstruktur kann auch dabei helfen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und somit junge Menschen in den Regionen zu halten oder die Rückkehr nach einer Ausbildung oder einem Studium in den ländlichen Raum zu fördern. Darüber hinaus muss der Fokus besonders auf die unterrepräsentierten Gruppen gelenkt werden. Darunter befinden sich Frauen, die überproportional viel Care-Arbeit verrichten und dadurch ehrenamtliche Tätigkeiten nicht übernehmen können, und zugewanderte Menschen.

Dem politischen Ehrenamt kommt in diesem Kontext eine besondere Rolle zu. Sowohl die Arbeit in den Parteien als auch das kommunalpolitische Ehrenamt sind von Überalterung und Rückzug gekennzeichnet. Es ist eine bekannte Tatsache, dass sich immer weniger Menschen aktiv beteiligen und Mandate oder Aufgaben im kommunalen politischen Raum übernehmen. Dafür gibt es eine große Bandbreite von Gründen, exemplarisch sei hier darauf hingewiesen, dass die Altersgruppe zwischen 16 und 60 Jahren zunehmenden Belastungen durch die Berufstätigkeit ausgesetzt ist und daher vor der Übernahme derartiger Aufgaben zurückschreckt. So wird die Regelarbeitszeit immer mehr aufgeweicht und prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Verlässliche Beschäftigungsverhältnisse und der 8-Stunden-Tag werden zurückgedrängt und es entsteht eine große Verunsicherung in Hinblick auf Sicherheit und Kontinuität. Daraus folgen dann mangelnde Zeit und Motivation zur Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben.

Das kontinuierliche Aufweichen von Arbeits- und Öffnungszeiten führt seit Jahren dazu, dass die Zeitkorridore für ehrenamtliches Engagement zunehmend schmaler werden. In der ‚Allianz für den freien Sonntag‘ Niedersachsen arbeiten seit 10 Jahren viele Organisationen und Interessengruppen daran, das Aufbrechen von Regelarbeitszeiten und Ladenöffnungszeiten zu verhindern und den Menschen u.a. Freiräume für ehrenamtliches Engagement zu eröffnen. Nach Meinung des DGB sollte sich die Enquetekommission die Forderung der Allianz zu Eigen machen.

Bei allen Überlegungen zum Ehrenamt sollte aus Sicht des DGB die Bedeutung neuer Formen der ehrenamtlichen Beteiligung stärker berücksichtigt werden, da hierin ein besonders großes Potential liegt, das bisher wenig genutzt wird. Da sich junge Menschen heute weniger in feste (Vereins-)Strukturen begeben möchten und vor einer langfristigen Bindung an eine Organisation oder Partei zurückschrecken, wird diese Gruppe häufig nicht entsprechend erkannt und gewürdigt, obwohl hier politisches Interesse vorliegt und klare Vorstellungen über die Zukunft

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

und das Leben vorhanden sind. Soziale Bewegungen wie z.B. ‚Fridays for future‘ oder ‚Black lives matter‘ sind ein starkes Zeichen für die Motivation zu ehrenamtlichem Engagement. Studentische Initiativen oder bürgerschaftliches Engagement ohne feste Strukturen bilden eine enorme Anzahl an gesellschaftlichen Interessensgemeinschaften ab. Diese beeinflussen den Alltag an Kitas, Schulen, Universitäten, das Leben in unseren Städten und Gemeinden. Diese Menschen sind „Überzeugungstäter*innen“. Sie brennen für ihr Thema und fordern Veränderungen in der Gesellschaft. Ihr Engagement mündet nicht selten in politischem Erfolg. Das muss in Zukunft bei der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements besonders gewürdigt und gefördert werden – ein Ansatzpunkt sind bspw. Bürger*innenbeteiligungen auf allen Ebenen. Um das Ehrenamt unter diesen veränderten gesellschaftlichen Herausforderungen zu stärken, hat die Enquetekommission vier Ziele definiert, die wir im Folgenden aufgreifen um Vorschläge zur verbesserten Umsetzung zu unterbreiten.

Handlungsfelder

Junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu motivieren, wird zunehmend schwieriger. Obwohl lt. einschlägiger Studien (u.a. Shell-Studie 2019) immer noch 33-40 % dieser Altersgruppe ehrenamtlich engagiert sind, sinkt dieser Anteil. Insbesondere die jungen Menschen, die eine Berufsausbildung oder ein Studium aufnehmen, ziehen sich aus dem Ehrenamt zurück, weil sie häufig neben ihrer Haupttätigkeit zum Bestreiten des Lebensunterhaltes arbeiten müssen. Dabei spielt die soziale Herkunft eine entscheidende Rolle, denn junge Menschen aus finanziell schlechter gestellten Schichten sind im Ehrenamt unterrepräsentiert. Hier gilt es Voraussetzungen zu schaffen, den Zugang zu ehrenamtlichen Tätigkeiten für alle jungen Menschen aus sämtlichen gesellschaftlichen Schichten zu ermöglichen.

Kommunalpolitisches Ehrenamt braucht junge Menschen, die die Möglichkeiten des Mitgestaltens kennenlernen und an Aufgaben herangeführt werden. Um die Möglichkeiten der Beteiligung zu erkennen und aktiv zu werden, müssen frühzeitig Strukturen geschaffen werden, die die Mitwirkungsmöglichkeiten verdeutlichen und politische Partizipation ermöglichen.

In der Kommunalpolitik sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Aus diesem Grunde muss hier eine gezielte Ansprache und Förderung erfolgen.

Diese Handlungsfelder

- Gewinnung von Nachwuchs für Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden und Organisationen;
- Förderung von Frauen und Männern zur Übernahme von Aufgaben in der Verwaltung und Organisation von Vereinen und Verbänden, z.B. für Vorstands- und Verwaltungstätigkeiten;
- Stärkung des kommunalpolitischen Engagements durch Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung.

müssen mit konkreten Maßnahmen und Angeboten unterlegt werden, damit die ehrenamtlichen Organisationen professionell unterstützt werden.

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

Maßnahmen zur Förderung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements

Die gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements ist in Deutschland, im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern und den USA, vergleichsweise gering. Damit einher geht die unzureichende Würdigung ehrenamtlichen Engagements durch Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe. Hier muss ein Umdenken einsetzen.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, dass Niedersachsen eine **Imagekampagne** startet, um umfassend über die vielen Facetten des Ehrenamtes zu informieren und die Bedeutung des Ehrenamtes zu stärken.

Damit Vereine und Verbände frühzeitig **Nachwuchs** gewinnen können, müssen sie in die Lage versetzt werden, frühzeitig eigene Nachwuchskräfte heranzuführen und aufzubauen. Dafür bedarf es eines verbesserten Angebotes an Schulungen und Fortbildungen für junge Ehrenamtliche ab 14 Jahren, damit diese Zielgruppe rechtzeitig an Aufgaben herangeführt wird und durch ein professionelles Coaching unterstützt wird. Die Grundlage dafür sollte die **Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Bildung, Coaching und Mentoring** bilden.

Für die Stärkung des **kommunalpolitischen Ehrenamtes** bedarf es einer neuen Strategie, um Kenntnisse über Kommunalpolitik zu vermitteln, die Möglichkeiten der aktiven Teilhabe und Interessensvertretung zu unterstützen und den Nutzen für die Gesellschaft zu verdeutlichen. Dafür sollten die Landeszentrale für politische Bildung, die Erwachsenenbildung und das Kultusministerium das Vorgehen gemeinsam erarbeiten und dezentral umsetzen. Durch die frühzeitige Vermittlung in den Schulen und Berufsschulen kann hier eine gute Basis geschaffen werden.

Kleine Vereine und Verbände nutzen nur unzureichend die Möglichkeiten des **Freiwilligendienstes**. Die Möglichkeiten könnten ausgebaut werden, indem es ihnen ermöglicht wird, Stellen für Freiwillige einzurichten. Dieses sollte durch die Übernahme der Kosten der Eigenanteile erfolgen und die Entlastung der Ehrenamtlichen durch eine professionelle Praxisanleitung geschehen. Durch die Freiwilligendienste könnte auch in den ehrenamtlichen Organisationen ein ‚Klebeffekt‘ ausgelöst werden, durch den nach Ende des Dienstes weiterhin langfristig Ehrenamtliche gebunden werden könnten.

Ehrenamtliche Tätigkeiten müssen mit einer **angemessenen Aufwandsentschädigung** unterlegt sein. Der Gesetzgeber hat zum 1.1.2021 die sog. ‚Übungsleiterpauschale‘ auf € 3.000,00 und die Ehrenamtspauschale auf € 840,00 jährlich angehoben. Dieser Schritt geht in die richtige Richtung, muss aber ergänzt werden um eine zusätzliche Sachkostenerstattung für zweckgebundene Aufwendungen wie beispielsweise Fahrtkosten, Ausstattung und Ausrüstung. Nur damit kann sichergestellt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht zusätzliche finanzielle Belastungen auslöst.

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

Die **steuerliche Behandlung** von ehrenamtlichen Tätigkeiten führt regelmäßig zu Problemen. Die Auslegungspraxis der Finanzämter ist nicht einheitlich und schadet dem ehrenamtlichen Engagement. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, damit die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht durch Unkenntnis oder Unwillen bei den Finanzämtern sabotiert wird. Ein Beispiel dafür ist die Infragestellung der Steuerfreiheit für Tätigkeiten von Versicherungsältesten bei der Deutschen Rentenversicherung. Um derartigen Schwierigkeiten in Zukunft vorzubeugen, muss nicht nur der Freibetrag steigen, sondern auch für eine einheitliche Umsetzung der rechtlichen Regelungen bei den Finanzämtern gesorgt werden.

Um Ehrenamtliche für organisatorische Aufgaben zu gewinnen, ist es wichtig, die Aktiven zu entlasten und den individuellen Zeitfenstern besser Rechnung zu tragen. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, für die satzungsgemäßen Aufgaben, wie z.B. regelmäßige Vorstands- und Abteilungssitzungen, Mitgliederversammlungen etc., die **Möglichkeiten der digitalen Medien** zu nutzen. Den Vereinen und Verbänden diese Möglichkeiten zu eröffnen, beinhaltet jedoch auch die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen dafür. Auch für kommunale Mandatsträger sollten diese Überlegungen eine wesentliche Rolle spielen, zumal die Öffnung und Transparenz durch Videoübertragungen von Rats- und Ausschusssitzungen gute Chancen bieten, den Bürger*innen Kommunalpolitik näherzubringen.

Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen und der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat

Die Ehrenamtsquote von Frauen, jungen Erwachsenen und Arbeitnehmer*innen liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Wahlberechtigten. Um diese zu erhöhen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die es diesen Gruppen erleichtert, ein Ehrenamt zu übernehmen. Dazu schlagen wir Folgendes vor:

1. Aufgrund der zeitlichen Lage von Rats-, Ausschuss-, Vorstandssitzungen usw. ist es Berufstätigen oder Eltern nicht möglich, daran teilzunehmen. Dieses Manko kann nur dadurch kompensiert werden, dass

- **Verdienstaufschlag** gezahlt wird;
- die **digitale Teilnahme** ermöglicht wird;
- **Kinderbetreuungskosten / Pflegekosten** erstattet werden.

2. Die Pflicht zur **Arbeitsfreistellung** für politische Mandatsträger*innen muss **gesetzlich** geregelt werden.

3. Der **Verdienstaufschlag** muss auch bei Nebentätigkeiten oder geringfügiger Beschäftigung gewährleistet sein und Fahrtkosten müssen erstattet werden.

4. Ehrenamtliches Engagement darf nicht zum **Nachteil** für Auszubildende und Arbeitnehmer*innen werden. Wenn auch einige Arbeitgeber Beschäftigte unterstützen, die über die Kommunalpolitik hinaus in vielfältigen gesellschaftlichen Zusammenhängen ehrenamtlich ak-

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

tiv sind, so ist das bei weitem nicht der Regelfall. Arbeitgeber müssen hier stärker gefordert werden, Ehrenamtliche in ihren Tätigkeiten zu unterstützen und bedarfsweise freizustellen.

5. Alle ehrenamtlich Tätigen sollten Anspruch auf die **Ehrenamtskarte** haben, diese sollte jedoch mehr praktischen Nutzen bieten, besonders bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine Anlehnung an die Regelungen der sog. Jugendleiter*innen-Karte (Juleica) wäre sinnvoll.

6. **Mentoring**-Programme für ehrenamtliche Aufgaben sollten sowohl für politische Mandatsträger*innen als auch für Vereine und Verbände entwickelt und finanziert werden. Die sogenannten ‚Mentees‘ sollten bereits während der Mentoringphase wie kommunale Mandatsträger*innen bzw. wie Ehrenamtliche behandelt werden und die entsprechenden Vergünstigungen und Kostenerstattungen erhalten.

Die Evaluation des 5. Mentoring-Programms **‚Politik braucht Frauen!‘** des niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, das zur Kommunalwahl 2016 durchgeführt wurde, zeigt auf, wie das kommunalpolitische Engagement von Frauen gestärkt werden kann. In besonderem Maße positiv wirkt dabei das Begleitangebot durch Informationsveranstaltungen und Mentor*innen, aber auch die Unterstützung durch die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Leider ist es aber bisher nicht gelungen, flächendeckend Interessentinnen dafür zu gewinnen und die Durchführung in allen niedersächsischen Kommunen verbindlich zu realisieren. Der DGB erachtet es daher als notwendig, mittels intensiver Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit eine stärkere Inanspruchnahme dieses Programms, das auch im Vorfeld der Kommunalwahl 2021 durchgeführt wurde, zu erreichen.

7. **Gender- und Diversity**-Ansätze müssen bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen mehr berücksichtigt werden, sie sind bisher auf der Agenda zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements nachgeordnet. Der DGB erachtet es daher als notwendig, diese Aspekte stärker zu fokussieren. So sollten die Erfahrungen mit Freiwilligendiensten für Geflüchtete ausgewertet werden und passgenaue Unterstützungsangebote für ehrenamtliche Organisationen entwickelt werden.

8. **Weiterqualifizierung** sichert die Qualität des Ehrenamtes und stärkt es. Deshalb sollten sich Ehrenamtliche regelmäßig weiterbilden. Hier müssen einerseits die zuständigen Stellen entsprechende Angebote unterbreiten und andererseits Arbeitgeber durch bezahlte Freistellung oder Sonderurlaubstage das ehrenamtliche Engagement würdigen und direkt unterstützen. Auch die Akzeptanz der Arbeitgeber für Bildungsurlaubs zur Fortbildung ist hier gefordert.

9. Die **Gewinnung von Ehrenamtlichen** sollte regelmäßig Bestandteil der **politischen Agenda** auf allen Ebenen sein, sowohl in den Kommunen als auch in den Gebietskörperschaften und auf landespolitischer Ebene. Darüber hinaus bedarf es einer gemeinsamen Stra-

Einrichtung einer Enquetekommission „Ehrenamt“

ategie aller Akteure, um Initiativen zur Gewinnung von Ehrenamtlichen zu initiieren und zu evaluieren.

10. Ein Konzept ist notwendig, um die politischen **Interessen von Bürger*innen**, die nicht in politischen Parteien aktiv sind, besser in kommunalen Gremien zu berücksichtigen. Daher sollte geprüft werden, ob und wie die kommunale politische Arbeit für diese Gruppen geöffnet werden kann und eine Beteiligung ermöglicht wird. Dabei handelt es sich um Mitglieder von Bürgerinitiativen und/oder anderen lokalen oder temporären Interessenzusammenschlüssen.

Wir haben im Vorausgehenden dargelegt, dass es nur gelingen wird Ehrenamtliche für gesellschaftspolitische Mandate zu gewinnen, wenn intensive Aufklärungsarbeit geleistet wird. Dazu gehört in besonderem Maße die Sensibilisierung für die Möglichkeiten der politischen Beteiligung. Gerade die jüngeren Personengruppen könnten für die sie besonders betreffenden kommunalen Aufgaben leichter motiviert werden, wenn intensiv über die Bedeutung des politischen Ehrenamtes aufgeklärt würde. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt so angepasst werden, dass bei zunehmender Arbeitsverdichtung und Belastung das ehrenamtliche Engagement attraktiv bleibt und der Aufwand leistbar ist. Nur so ist es aus gewerkschaftlicher Sicht möglich, die herausragende Rolle des Ehrenamtes zu würdigen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sich auch zukünftig Menschen ehrenamtlich engagieren. Um die Akzeptanz für das Ehrenamt weiter zu erhöhen, muss allen gesellschaftlichen Interessengruppen die Bedeutung des Ehrenamtes als eine der zentralen Säulen der Daseinsvorsorge verdeutlicht und die Akzeptanz verbessert werden.

Wir wünschen der Enquete-Kommission eine erfolgreiche Arbeit und würden uns über die Berücksichtigung unserer Vorschläge sehr freuen. Gerne stehen wir auch persönlich für Gespräche zur Verfügung.